

Die Fragen stellte **Marcel Maïga** vom Rat der Auslandsmedien in Deutschland.

Marcel Maïga

Frau Bundeskanzlerin, in der nächsten Woche kommt der malische Präsident zu einem Arbeitsbesuch nach Deutschland. Deutschland hat 1960 als erstes Land Mali diplomatisch anerkannt. Wie bewerten Sie heute die Beziehungen Deutschlands zu Mali?

Bundeskanzlerin Merkel:

Es sind sehr lange und freundschaftliche Beziehungen. Und deshalb freue ich mich auch, dass Präsident Keïta nächste Woche zu einem Besuch nach Deutschland kommt. Wir werden damit in den Beziehungen zwischen Deutschland und Mali ein neues Kapitel aufschlagen. Und es ist ja in bemerkenswerter Art und Weise gelungen, die Präsidentschaftswahl – unter schwierigen Umständen – durchzuführen. Und deshalb freue ich mich, auch aus erster Hand, vom Präsidenten, eine Schilderung der Situation in Mali zu bekommen. Denn wir haben ein großes Interesse daran, dass sich das Land stabil und gut entwickelt.

Im März 2012 gab es einen Militärputsch in Mali. Der Norden wurde besetzt von Tuareg- und Al-Kaida-Truppen. Dann intervenierten französische und afrikanische Truppen zusammen, auch mit deutscher Unterstützung. Wie sehen Sie diese Militärintervention und stehen Sie zu der deutschen Beteiligung?

Ich glaube, zur Stabilisierung war es damals dringend notwendig, dass es eine solche Intervention gab. Ansonsten wäre das Land vollkommen auseinandergebrochen. Die französische Rolle war ja hier auch sehr bestimmend, und wenn man gesehen hat, wie die Menschen auch in Mali Frankreich gedankt haben, dann glaube ich, war das eine sehr wichtige Aktion. Wir haben zwei Interessen: einmal zu helfen in Mali – sowohl bei der logistischen Ausführung der MINUSMA-Mission, die natürlich wichtig ist, um die logistischen Voraussetzungen für die Stabilisierung in Mali zu erbringen; deutsche Soldaten sind dort auch beteiligt. Und zum Zweiten haben wir vor allen Dingen ein Interesse, dass Mali selber seine Sicherheitskräfte ausbilden und entwickeln kann. Und deshalb beteiligt sich Deutschland mit einer Ausbildungsmission. Aber erst einmal war die militärische Intervention zur Stabilisierung notwendig. Jetzt ist die Hauptaufgabe bei der Politik.

Der Sturz des Regimes in Libyen und die Staatskrise in Mali haben in der gesamten Sahelzone eine unsichere Lage geschaffen. Dies stellt auch eine Bedrohung für Europa dar. Wie sieht Deutschland seine Rolle darin, diese Bedrohung zu verkleinern und die Sicherheitsinteressen Europas zu gestalten?

Ja, der afrikanische Kontinent ist Nachbar der Europäer. Und auch Mali ist ja sozusagen nur ein Land von der Mittelmeerküste entfernt. Deshalb haben wir ein elementares Interesse an einer Stabilisierung der Sahelzone. Die Konflikte sind hier sehr vielfältig. Es gibt terroristische, kriminalistische Herausforderungen, und wir müssen hier versuchen, vor allen Dingen politische Lösungen zu finden. Das Wort „Versöhnung“, das wir jetzt, in diesen Tagen, gerade sehr häufig auch mit dem Tod von Nelson Mandela verbinden, und wo wir sagen, er hat gezeigt, dass Versöhnung nach vorne führt, muss auch für die Sahelzone ein Wort sein, das die politischen Prozesse begleitet. Denn ohne Versöhnung wird es in der Region nicht gehen. Das ist ein langer Weg, der noch vor uns liegt. Aber wir wollen dazu beitragen, dass dieser Weg gegangen wer-

den kann. Und ich sehe in der Stabilisierung Malis einen Beitrag dazu. Aber es müssen viele andere noch folgen.

Im Sommer – Sie erwähnten es bereits – konnten in Mali Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die Parlamentswahlen laufen gerade. Welche Bedeutung messen Sie dem Aufbau eines demokratischen Systems in Mali bei, wo über die Hälfte der Menschen noch immer Analphabeten sind? Gibt es da deutsche Hilfe?

Ja, es gibt natürlich Entwicklungszusammenarbeit mit Mali, und die werden wir auch mit unseren Ausbildungsmissionen und Stabilisierungsbeiträgen kombinieren. Wir haben ein elementares Interesse, dass die Menschen besser gebildet sind, dass sie Schritt für Schritt mehr Wohlstand bekommen, denn nur das wird sie von der Demokratie zum Schluss auch überzeugen. Wir wollen, dass afrikanische Probleme auch durch Afrikaner gelöst werden können. Das heißt, unsere Hilfe ist eine Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen, dass die regionalen Staatengemeinschaften in Afrika eine dominante Rolle spielen. So unterstützen wir ECOWAS zum Beispiel – auch bei der Ausbildung von Truppen und bei der Wahrung von Sicherheitsinteressen. Und Sie dürfen davon ausgehen, dass wir nicht jetzt, wo die akute Gefahr in Mali überwunden ist, den Blick auf Mali wegnehmen werden. Sondern wir werden uns auch in den nächsten Jahren sehr intensiv für die gute Entwicklung Malis interessieren.

Seit 2012 gab es in Mali viele Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Putsch. Nicht nur in Mali, sondern auch in der Region selbst sind die Menschenrechte ein großes Thema. Wie bewerten Sie die Lage der Menschenrechte in Mali, in der Region, auch mit dem Hinergrund, dass die meisten Menschen weder Zugang zu sauberem Wasser, zu Strom oder zu Bildung haben?

Ich sagte es ja schon: Natürlich müssen die Menschen – und dazu dient unsere Entwicklungszusammenarbeit auch – Zugang zu Bildung bekommen, Zugang zu Lebensmitteln, zu sauberem Wasser. Und gleichzeitig muss klar sein: Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Und das gilt auch für Konflikte, die es in Mali gibt. Und deshalb habe ich das Wort „Versöhnung“ in die Debatte geworfen. Wir werden alles daran setzen, einen Beitrag zu leisten, um Hilfe – auch zur Versöhnung zwischen verfeindeten Gruppen – zu leisten. Denn die Leidtragenden sind immer die einfachen Menschen. Und Millionen von Menschen haben Schreckliches erlebt – Kinder, Frauen, auch Männer. Und wir wollen, dass das ein Ende hat.

Und gibt es konkrete Aktivitäten in Bezug auf Bildung oder die Verbesserung der...?

Nun, die Entwicklungszusammenarbeit mit Mali wird ja genau darauf ausgerichtet. Und ich werde mit dem Präsidenten auch darüber sprechen, wie wir diese Entwicklungszusammenarbeit fortentwickeln können.